

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 09/53. Jahrgang

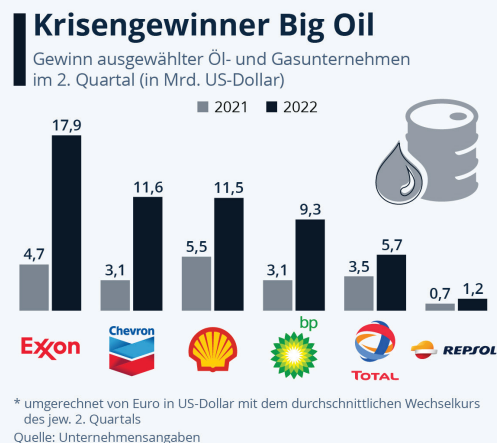
September 2022

Schutzgebühr: 0,40 €

Gasumlage – ein dreister Akt der Umverteilung

Die politisch gewollte Verknappung der Energieträger Erdgas, Erdöl und Steinkohle hat wegen der monopolistischen Strukturen der Energiewirtschaft zu weltweiten massiven Preiserhöhungen geführt. Die Wirkung des Marktes, der angeblich alles regelt, verteuert in gleichem Maße Energieträger wie Biogas und Holz. Konzerne, die über Förderlizenzen für Gas und Öl verfügen, konnten so ihre Gewinne vervielfachen.

Einige Länder haben deswegen Übergewinnsteuern eingeführt, die Teile dieser Krisenprofite abschöpfen. In Deutschland verhindert vor allem die FDP eine solche Steuer – was es den international verflochtenen Konzernen ermöglicht, ihre Gewinne hierher umzuleiten, um der Steuer zu entgehen.



Daten- und Bildquelle vom 02.08.2022:
<https://de.statista.com/infografik/27877/Gewinn-ausgewaehlter-Oel-und-Gasunternehmen>

Andere Konzerne, die mit Gas und Öl handeln und langfristige Verträge mit festen Abnehmern haben, machen dagegen Verluste. Diesen greift der fürsorgliche Staat kräftig unter die Arme. Alle Gasverbraucher sollen eine Umlage bezahlen, mit

der die Verluste ausgeglichen werden. Hohe Gewinne werden oft mit dem Unternehmerrisiko begründet – hier zeigt sich wieder mal, dass dieses Risiko im Ernstfall vergesellschaftet wird. Im Kapitalismus ist es normal, dass der Staat den Konzernen mit Subventionen und Steuererleichterungen die Profite sichert – während die arbeitenden Menschen der Lohn- und Mehrwertsteuer nicht entgehen können. Eine so dreiste Umverteilung von der Masse der Bevölkerung auf ein paar Konzerne hat es aber selten gegeben.

Wir alle haben gute Gründe, dagegen zu protestieren – und natürlich auch das kapitalistische System infrage zu stellen.

Gernot Linhart

Diebstahl heißt jetzt Inflation



Wenn die Herrschenden uns vor die Wahl stellen "wollt ihr hungern oder frieren?", ist es Zeit, diese Wahl zu verweigern und gegen diese Politik gegen die eigene Bevölkerung auf die Straße zu gehen. Dies geschah Mitte August in Marburg.

SDAJ und DKP hatten zu einer Kundgebung und Demonstration gegen die steigenden Preise in der Universitätsstadt an der Lahn aufgerufen, der sich rund 60 Teilnehmer anschlossen.

"Alles wird spürbar teurer, der Lohn reicht weder für die Miete, noch fürs Heizen oder fürs Essen mehr aus. Vonseiten der Regierung hört man nichts, außer lächerlichen Durchhalteparolen und Appellen, "einfach weniger zu duschen", kritisierten die Veranstalter.

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt

Hiroshima - fast vergessen?	S. 2
Armut steigt, Reichtum auch	S. 3
Uniklinikum: Zukunft ungewiss / Partikeltherapie	S. 4
Rettet die Bäume am Schwanenteich / Gewalt gegen Eritrea-Veranstaltung	S. 5
Reinhard Lauterbach zu Ukraine-Krieg / Bildungsreise Baskenland	S. 6
Hoffnung in Kolumbien? / UZ-Pressefest 2022	S. 7
Termine / 50 Jahre Gießener Echo / Kreuzworträtsel	S. 8

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Diebstahl heißt jetzt Inflation

"Kein Wort und keine Maßnahme gegen Ölkonzerne, die bewusst und ohne Mangel die Preise erhöhen, gegen Lebensmittelspekulanten oder Vermieter, die die Heizung abstellen. All das, um genug Geld fürs Militär übrig zu haben und Sanktionen, die nur die eigene Bevölkerung treffen, aufrecht zu erhalten", hieß es im Aufruf. Der Protest in Marburg war nur der Anfang. "Wir brauchen einen heißen Herbst, damit der Winter nicht unerträglich kalt wird", so einer der Redner. Ulf Immelt



Hiroshima – in Gießen fast vergessen

Am 6. August jährte sich zum 77. Mal der Abwurf einer Atombombe durch die US-Armee auf Hiroshima. In Gießen gab es dazu eine kleine Mahnwache mit Infostand. Kaum jemanden in Gießen, wahrscheinlich auch nicht dem Oberbürgermeister und Bürgermeister, ist bewusst, dass die Stadt eine Art Städtepartnerschaft mit Hiroshima hat. Im Mai 1985 beschloss das Stadtparlament auf Antrag der damals noch friedensbewegten Grünen dem "Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen" beizutreten. Der Beschluss verschwand sofort in einer Schublade des damaligen CDU-Magistrats.

Die DKP stellte zwei Jahre später – inzwischen war Manfred Mutz, SPD, Oberbürgermeister – als außerparlamentarische Opposition noch mal den gleichen Antrag. Das Anliegen wurde zunächst abgewiesen, dann fand aber doch jemand den Beschluss von 1985. OB Mutz versprach, sich um die Sache

zu kümmern und Hiroshima zu informieren. Weitere Aktivitäten der Stadt gab es nicht.

Im nächsten Jahr schlug die DKP vor, der Wolkengasse, die zwischen Seltersweg und Katharinen-gasse den Charakter eines Platzes hat, den Namen „Hiroshima-Platz“ zu geben. Es passierte nichts, nur innerhalb der Friedensbewegung hat sich diese Bezeichnung durchgesetzt.

Bis jetzt ist es so geblieben, dass der 6. August und die Solidarität mit Hiroshima in der Stadtpolitik keine Rolle spielen, egal ob "Schwarze", "Rote", "Grüne" oder "Gelbe" die Mehrheit haben. Die Friedensbewegung hat fast in jedem Jahr an die Zerstörung von Hiroshima erinnert – eine offizielle Vertreterin oder ein Vertreter der Stadt wurde dort noch nie gesehen. Aber wir bleiben dran. Gernot Linhart



Hiroshima gestern – Gießen morgen?



"Dann wurde die Atombombe abgeworfen. Als ich nach Hiroshima kam, war da nichts mehr! Keine Häuser, keine Bäume, nichts. Die Menschen waren tot, und wer noch lebte, war am Sterben." – Chizuko Uchida, ehemalige Krankenschwester.

"Wie Sardinen lagen die Menschen auf dem Boden. Jeden Morgen trugen wir die Toten nach draußen und verbrannten sie dort. Das ging etwa einen Monat lang jeden Tag so." – ehemalige Krankenschwester

Am 12. August vor 77 Jahren wurde über Nagasaki die zweite und bis jetzt letzte Atombombe im Krieg eingesetzt, drei Tage früher die erste über Hiroshima. An den Folgen starben

200.000 Menschen.

Heute stehen wir so kurz wie schon lange nicht mehr vor einem Atomkrieg. Die USA kündigen atomare Abrüstungsverträge auf, die Herrschenden in Deutschland weigern sich weiterhin, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Und von den 100 Milliarden werden neue Tarnkappenatombomber für die Bundeswehr gekauft, die im Zweifel die in Büchel (Pfalz) lagernden Atombomben der nuklearen Teilhabe über Russland abwerfen sollen.

- **Atombomben raus aus Deutschland!**
- **Keine Tarnkappenatombomber für die Bundeswehr!**
- **Nein zum Kriegskurs der NATO – für Völkerverständigung und Diplomatie!**

SDAJ Gießen



Am Antikriegstag (01.09.) demonstrierte das Aktionsbündnis Antikriegstag 2022 (u.a. mit SDAJ, DKP, ARAG und KO) gegen Krieg, Aufrüstung und Atombomben.

Die Armut steigt, der Reichtum auch

In den bürgerlichen Zeitungen wird verwundert gefragt, warum trotz der dauernden Krisen die Reichen auch immer reicher werden. Aber jede Krise vergrößert die Kluft zwischen Arm und Reich. Das ist ein zentrales Gesetz des Kapitalismus.

ein Arbeitsplatz vor Armut schützt, widerlegt der Kapitalismus jeden Tag. Die Armutsquote ist in allen Bundesländern gestiegen und reichte 2021 von 12,6% in Bayern bis zu 28,0% in Bremen. Hessen liegt bei 18,3%. Auch die "Boomtown"

Gießen steht laut Sozialbericht von 2020 nicht gut da. Jedes vierte Kind lebt in Gießen in Armut. Die SGB II Quote liegt bei 13,7%. Die Arbeitslosenquote stieg auf 6,2%, in der Weststadt liegt sie bei 50,6%.

Gemessen an den Ansprüchen, die die Stadtpolitik im Bereich des sozialen Wohnungsbaus an sich selbst stellt, ist die Bilanz für 2020 mehr als ernüchternd. 287 Wohnungen, bei denen die klassische Sozialbindung ausgelaufen ist, standen 44 Neubauten und 84 Neubauförderanträge entgegen. Für 32 Wohnungen wurden Anträge auf den Erwerb von Belegungsrechten gestellt. Der Gesamtbestand an Sozialwohnungen ging seit 2017 (2481) kontinuierlich zurück auf zuletzt 2276.

Henning Mächerle



Das Vermögen der im Dezember 2020 zehn reichsten Männer der Welt ist seit Februar 2019 „um fast eine halbe Billion Dollar auf 1,12 Billionen Dollar gestiegen“ (Oxfam).

In Deutschland steigerten die zehn reichsten Personen in den knapp zwei Jahren bis Ende 2020 ihr Vermögen auf rund 242 Mrd. Dollar. Den höchsten absoluten Zugewinn verzeichnete hierzulande Dieter Schwarz, der Eigentümer der Schwarz Gruppe, zu der Lidl und Kaufland gehören. Sein Vermögen ist von 22,6 auf 36,8 Mrd. Dollar gestiegen. Schon vor der Corona Krise lebte fast die Hälfte der Menschheit von weniger als 5,50 Dollar am Tag (Weltbank). Laut Oxfam ist diese Zahl „allein im Jahr 2020 noch um 200 bis 500 Mio. gestiegen“. Die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine haben die Zahl weiter gesteigert.

Von 2005 bis 2021 stieg die Armutsquote in Deutschland von 14,7 auf 16,6%, obwohl die SGB II Quote von 9,5 auf 8,1 und die Arbeitslosenquote von 11,7 auf 5,7% fiel. Auch das Märchen, dass



Wir fordern:

- Wiedereinführung der Vermögensteuer für die Reichen
- Bau von Sozialwohnungen
- eine Leerstandsabgabe
- einen wirkenden Mietendeckel
- eine verpflichtende Sozialquote für jedes Wohnungsbauprojekt
- die Übergewinnsteuer



Herr Lindner!!! Tun Sie was!
Meine Schuhe werden nass!

ENERGIE-
PREISE



Bild: Martina Lennartz

Zukunft des Uniklinikums (UKGM) ungewiss

Die Verhandlungen zwischen dem Eigentümer Rhön AG und der Landesregierung kommen nicht voran. Streitpunkt sind die fast 500 Mio. Euro, die das Land in den nächsten zehn Jahren für Investitionen an die AG auszahlen will. Das Land hält es wohl für möglich, das UKGM irgendwann zurückzukaufen – und dann will es die Zuschüsse auf den Kaufpreis anrechnen.

Die Rhön AG hatte beim Kauf vor 17 Jahren auf Investitionszuschüsse verzichtet, behauptet aber, diese Zusage sei zeitlich befristet. Ob das stimmt, kann kein Außenstehender beurteilen – die Verträge werden geheim gehalten. Nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz sind die Bundesländer verpflichtet, Investitionskosten der Kliniken voll zu finanzieren, der Kaufvertrag war also gesetzwidrig. Alle Bundesländer kommen seit Jahrzehnten ihrer Verpflichtung zur Krankenhausfinanzierung nicht ausreichend nach. Fast alle finanziellen Probleme von Kliniken – die dann

oft der Grund für eine Privatisierung sind – beruhen darauf, dass sie Investitionen aus eigenen Einnahmen bezahlen müssen. Die Einnahmen sind aber so berechnet, dass sie nur die Behandlungskosten abdecken. Jeder Euro, der für anderes abgezweigt wird – bei privaten Betreibern auch für Gewinnausschüttungen – geht auf Kosten des Personals und der Patienten. Der Verkauf von Kliniken an profitorientierte Betreiber ist äußerst fragwürdig – dort werden Gewinne mit Immobilien und Geräten erwirtschaftet, die zu einem großen Teil aus öffentlichen Mitteln stammen.

Das Personal am UKGM ist kämpferisch und lässt sich Ausbeutung und Unsicherheit nicht mehr gefallen. Die Folge sind wiederholte Streiks für Tarifverträge für bessere Bezahlung und personelle Entlastung. Dass solche Streiks erfolgreich sein können, hat sich

in Nordrhein-Westfalen gezeigt. Dort wurde an den Unikliniken elf Wochen lang gegen heftige Gegenwehr der Landesregierung gestreikt. Diese ging mehrmals erfolglos juristisch gegen die Streiks vor. Die Solidarität von Gewerkschaften, der Bevölkerung und der Patienten trug zum Erfolg bei. Für das Gießener und Marburger Klinikpersonal ist das ein Mutmacher – es hat unsere Solidarität mehr als verdient.

Gernot Linhart

Partikeltherapie – Opfer der Profitmedizin

Beim Verkauf des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM) erhielt der Rhön-Konzern unter mehreren Bewerbern den Zuschlag, vor allem, weil er zusagte, in Marburg ein Zentrum für Partikeltherapie, eine neuartige Tumorthherapie, einzurichten. Zur Bekämpfung bösartiger Tumore werden dabei nicht wie herkömmlich Röntgen-, Gamma- oder Elektronenstrahlen eingesetzt, sondern energiereiche Ionen. Diese Partikel können Tumore millimetergenau treffen und geben ihre gesamte Energie im Tumor ab, ohne das davor und dahinter liegende gesunde Gewebe zu schädigen. Diese Behandlung kann bei einigen Krebsarten, die mit älteren Methoden kaum zu behandeln sind, zu Erfolgen führen, den Patienten zu einem längeren und besseren Leben verhelfen oder sie sogar heilen. Allerdings ist dieses Verfahren technisch sehr anspruchsvoll und erfordert einen

hohen Material-, Energie- und Personaleinsatz.

Die Anlage wurde in Marburg gebaut, die Rhön AG wollte sie zunächst aber aus wirtschaftlichen Gründen nicht in Betrieb nehmen. Erst die Androhung einer hohen Konventionalstrafe führte zur Eröffnung. Jetzt hat der Rhön-Vorstand angekündigt, die Anlage stillzulegen – wegen Unwirtschaftlichkeit und fehlender Ersatzteile. Die Wirtschaftlichkeit leidet unter zwei Tatsachen: Erstens sind die Krankenkassen nicht bereit, die vollen Kosten zu übernehmen, weil andere (weniger wirksame) Therapien billiger sind. Zweitens gibt es zu wenig Patienten.

Vor allem der zweite Grund ist ein medizinischer Skandal: Würden alle Kranken, für die diese Therapie am besten geeignet ist, behandelt, wären die beiden Anlagen, die es in Deutschland gibt (Heidelberg

und Marburg), bei Weitem nicht ausreichend. Viele Patienten werden jedoch von den behandelnden Kliniken nicht dorthin überwiesen. Die Diagnose "bösartiger Tumor" ist für Patienten schrecklich, für die Krankenhausbetreiber ist das aber eine "gute" Diagnose, denn sie bedeutet hohe Fallpauschalen. Bei der Bezahlung spielt nur die Diagnose eine Rolle, nicht der Therapieerfolg. Die Betroffenen sind ein Opfer der Profitmedizin, die für sie optimale Behandlung wird ihnen vorenthalten, eine aussichtsreiche Bestrahlungsmethode wird nicht genutzt, weil sie keinen Gewinn verspricht.

Gernot Linhart



Rettet die Bäume am Schwanenteich!

1,3 Mio. Euro und mehr will die Stadtregierung Gießens aus hessischen Steuergeldern für eine "Komplettsanierung" des Wegs zwischen Schwanenteich und der Wieseck ausgeben. Komplettsanierung bedeutet in den grünrosa gefärbten Gehirnen des Magistrats: einen Kahlschlag des grünen Idylls in gesamter Länge. Wunschvorstellung einer städtischen Agendagruppe "Urbane Gewässer und Gärten", die eigentlich die Klimaziele der Stadt im Auge haben sollte, ist ein Bauwerk ähnlich einem Nordseedeich bei St.-Peter-Ording. Er soll verhindern, dass an wenigen begrenzten Stellen geringe Mengen Wasser aus dem Schwanenteich in die Wieseck rinnen. Ursache dieses Problems sind vor Jahren gefälltte Bäume, deren Wurzelwerk unter dem Weg verrottet.

Der "feuchte" Traum der "Grünen"

Ex-Bürgermeisterin Weigel-Greulich von einem rechteckigen, mit Betonsteinen eingefassten Schwanenteich ohne Vegetation, soll nach zehn Jahren Wirklichkeit werden. Deswegen wurden keine baumschonenden Alternativen in einem magistratshörigen Gutachten erarbeitet.



Gegen diese Mauseheulen
formiert sich qualifizierter
Widerstand. Spaziergängern auf

diesem lauschigen Weg werden die Bettuch-Streifen an den 150 Bäumen rund um den Schwanenteich auffallen. Sie markieren die ersten Kettensägen-Opfer. Weitere Opfer werden die Teichbrüter und die Fische in einem überhitzten See. Und letztlich alle Erholung suchenden Bürger der Stadt, die den Weg seit Jahrzehnten benutzen. Eine Initiative von Bürgern „Rettet die Bäume am Schwanenteich!“ hat sich gegründet und bereits mit einer Informationsveranstaltung die Öffentlichkeit aufmerksam gemacht. In Vorbereitung ist ein Bürgerbegehren, das die Abholzung des beliebten Weges verhindern soll. Dafür braucht man aber viele helfende Hände und niemand sollte von der Mithilfe ausgeschlossen werden. Auch keine Parlamentarier!

M. Berger

Grüne verwickelt in Gewalttattacken gegen Eritrea-Veranstaltung

Mit brutaler Gewalt, Eisenstangen, Knüppeln und Messern gingen Exil-Eritreer am 20.08. auf Besucher, Aufbauhelfer und Polizisten los, um eine eritreische Kulturveranstaltung in den Hessenhallen zu verhindern. Schon vorher hatten sie vergeblich versucht, sie gerichtlich verbieten zu lassen. Das Ergebnis ihrer Gewalttattacke: 33 Verletzte, darunter sieben Polizisten, demolierte Autos und 75 Festgenommene, gegen die jetzt wegen gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung und schweren Landfriedensbruchs ermittelt wird.

Sprachrohr und Rädelsführer der „Demonstranten“ ist der ehemalige Fraktionsvorsitzende der Grünen K.-D. Grothe, der seit 10 Jahren gegen Eritrea hetzt und Verleumdungen verbreitet, wie: das Land sei eine faschistische Militärdiktatur, in der gefoltert und missbraucht würde.

Warum? Eritrea ist ein armes Land ohne große soziale Unterschiede, das viel für die Menschen tut und sich dabei nicht um die "regelbasierten Grundwerte" des Westens schert, die da sind: Ausbeutung und Krieg

(Jugoslawien, Afghanistan...). Dort stehen die sozialen Menschenrechte im Mittelpunkt:

- 90% aller Eritreer können lesen und schreiben.
- Die Lebenserwartung stieg von 50 Jahren (1990) auf 67 Jahre.
- 80% haben im Umkreis von 10 km eine Gesundheitseinrichtung.
- Die Müttersterblichkeit sank von 998 auf 184 (= -82%), die Kindersterblichkeit von 153 auf 39 (= -75%)

Von solchen Zahlen können andere afrikanische Länder nur träumen, sie könnten sich sogar Eritrea zum Vorbild nehmen.

Das ist für die Grünen, die derzeit zu den Hauptkriegstreibern gehören, nicht hinnehmbar. Auch Bürgermeister Wright und der Kassler MdB Mijatovic demonstrierten gegen Eritrea; während der frühere Bürgermeister Neidel (CDU) dem letzten Festival vor Corona noch seine Grüße übermittelt hatte.

Besonders gewurmt haben dürfte sie, dass das jährliche Eritrea-Festival, gegen das sich ihre ganze Wut richtet, bereits vor

vier Wochen stattgefunden hat in herzlicher Atmosphäre und ohne Belästigungen. Ich habe selbst daran teilgenommen wie u. a. auch ein Gießener Stadtverordneter einer Volkspartei.

Jetzt rudert Grothe zurück und distanziert sich von den Schlägern, nachdem er vorher die polizeiliche Auflösung der Veranstaltung als "Sieg der Demokratie" bejubelt hatte. Bekannt ist aber auch ihm, dass die Proteste gegen das Festival seit Jahren auch von gewaltbereiten Schlägern, die aus der Schweiz und deutschen Städten angekarrt wurden, begleitet werden.

Und die Polizei gab ein trauriges Bild ab; 300 Beamte aus Mittelhessen waren nicht in der Lage die 100 gewalttätigen Kriminellen außer Gefecht zu setzen. Wie auch, wenn sie die Festgenommenen nach Feststellung der Personalien wieder laufen ließen – um dann die Veranstaltung aus "Sicherheitsgründen" aufzulösen, anstatt sie zu schützen.

Erika Beltz

Reinhard Lauterbach: Krieg in der Ukraine



Die DKP Gießen lädt ein zur Vortrags- und Diskussionsveranstaltung "Krieg in der Ukraine" mit dem Journalisten und Historiker Reinhard Lauterbach. Als Osteuropakorrespondent wird er **am 04.10.2022 um 19:00 Uhr in der Kongresshalle Gießen im Kerkrade-Zimmer** vom Krieg in der Ukraine berichten und diesen einordnen.

Zum Referenten: Reinhard Lauterbach wurde 1955 geboren, studierte in Mainz, Kiew und Bonn Geschichte und Slawistik, war viele Jahre Redakteur bei verschiedenen ARD-Sendern, darunter drei Jahre als Hörfunkkorrespondent für die Ukraine und Belarus. Seit 2013 ist er freier Osteuropakorrespondent, u. a. für die Tageszeitung "junge Welt". 2014 erlebte er als Korrespondent die Ereignisse auf dem Maidan. Er lebt in Polen,

analysiert von dort aus relativ nah die laufenden Ereignisse. Auf folgende Buchveröffentlichungen von ihm weisen wir hin: „Bürgerkrieg in der Ukraine“, Berlin 2014; „Das lange Sterben der Sowjetunion“, Berlin 2016.

**Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.**

Teste die beste
linke, überregionale Tageszeitung.

junge Welt
Kämpfen statt...

Drei Wochen gratis.
Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

Reisebericht Teil 3: Bildungsreise im Baskenland

Der Tag begann mit einer Busabfahrt und dem Rat, feste Schuhe anzuziehen. Unser Ziel war Elgeta in der Provinz Gipuzkoa. Die Stadt ist ein strategisch wichtiger Ort und war wiederholter Schauplatz heftiger militärischer Auseinandersetzungen. Nach dem Spanienkrieg wurde Elgeta zum Mythos des baskischen Widerstands. Knapp dreihundert Meter von der Stelle, an der wir außerhalb der Stadt parkten, beginnt ein Buchenhain, der heute die wiederhergestellten Überreste der Verteidigungslinien der republikanischen Verbände beherbergt. Mit Informationstafeln zu den Geschehnissen vor Ort und im Gelände versehen machen sie ein Stück Geschichte anschaulich. Errichtet wurden die gestaffelten Schützengraben im Frühjahr 1937.

Nachdem wir die Steigung entlang der Schützengraben genommen hatten, verstanden wir, weshalb die Franquisten Probleme gehabt hatten, den baskischen Widerstand niederzuschlagen, der sich in den Bergen verschanzt hatte. Ein Regenschauer unterbrach unseren Wanderausflug. Wir entschieden uns, direkt zum Museum von Elgeta weiterzufahren. Dort besichtigten wir die Hinterlassenschaften des Krieges:

Waffen, Ausrüstungsgegenstände und andere Exponate, die sämtlich in der Region ausgegraben und gesammelt wurden waren. Das Museum machte uns die Heterogenität der bewaffneten Widerstandstruppen bewusst: Der Widerstand teilte sich in viele Bataillone: in republikanische, baskisch-nationalistische, sozialistische, anarchistische usw. Auf dem Rückweg nach Bilbo machten wir einen Abstecher an der Küste entlang, über Lemóniz. Der Bau des Kernkraftwerkes Lemóniz durch das private Energieunternehmen Iberdrola begann am 1. März 1974 ohne Erlaubnis oder Prüfung von Sicherheitsmaßnahmen. Drei Jahre nach Baubeginn, aber noch im Baustadium, griff die Widerstands-

gruppe ETA (Euskadi ta Askatasuna, baskisch für „Baskenland und Freiheit“) das Kraftwerk an. Dabei starb bei einer Explosion auf dem Gebäudedach eines der Reaktoren der Chefingenieur des Projekts. Ein Jahr später, am 8. März 1978, wurde eine Bombe im Dampferzeugerraum gezündet. Sie verursachte den Tod von zwei Arbeitern, verletzte 14 weitere und verursachte Sachschäden von zwei bis sechs Millionen Dollar. Am 13. Juni 1979 explodierte - 25 Minuten nach einer Bombenwarnung - eine weitere Bombe der ETA in der Turbinenhalle. Dabei kam ein Arbeiter ums Leben und der Turbinensatz wurde zerstört. Nach den Angriffen wurde der Bau der Reaktorblöcke 1984 endgültig eingestellt. Basti



**UZ - sozialistische
Wochenzeitung der DKP
Das 6-Wochen-Probe-Abo
zum Kennenlernen!**

Die Print- und Online-Ausgabe gratis.

Das Abo endet natürlich
automatisch!

<https://shop.unz-unsere-zeit.de/uz-probe-abo-6-wochen-gratis/>

Hoffnung in Kolumbien?



Am 19.06.2022 wurde Gustavo Petro trotz Morddrohungen zum neuen Präsidenten Kolumbiens gewählt. Insgesamt wählten 11,2 Mio. Kolumbianer einen sozialdemokratischen Präsidenten. Das bedeutet über 2,7 Mio. mehr als bei der ersten Runde am 29.05. Es ist die höchste Stimmenzahl, die in der Geschichte der Präsidentschaftswahlen für einen Kandidaten abgegeben wurde. Die stark wachsende Armut spielte ihm in die Hände.



Wie das reaktionäre Lager reagieren wird, ist noch unklar. Der rechte Gegenkandidat Hernández erkannte den Sieg von Petro an. Aber es gibt auch andere Stimmen.

Der reaktionäre Senator Ramírez sagt: "Wir werden eine sehr strenge Kontrolle im Senat durchführen, damit die Freiheiten und die Marktwirtschaft respektiert werden." Die US-Kongressabgeordnete Salazar äußerte sich wie folgt: "Bin sehr bestürzt über die Ergebnisse in Kolumbien. Petro ist ein Dieb, ein Terrorist und ein Marxist, ein Apologet von Castro und Chávez."

Petros progressives Bündnis "Pacto Histórico" betonte die Notwendigkeit, eine Regierung für alle Kolumbianer zu bilden. Die Gefahr eines brutalen Bürgerkriegs vonseiten der Rechten ist nicht gebannt. In diesem Zusammenhang ist wohl auch zu sehen, dass Petro zwei Tage nach seiner Wahl mit US-Präsident Biden telefonierte. Der neue Präsident setzt auf Dialog mit den USA. In der Hoffnung, dass die USA, nicht wie sonst üblich, die

reaktionären Kräfte in Kolumbien unterstützen.

Das Programm hat folgende Eckpunkte: "Keinen Krieg mehr", "Nationaler Dialog" und "soziale Gerechtigkeit". Petro sagte: "Wir werden den Kapitalismus entwickeln. Nicht weil wir ihn anbeten, sondern um vormoderne, feudale und versklavte Lebensbedingungen zu überwinden." Er sprach auch von "neue Formen der kollaborativen Ökonomie" und "Ausstieg aus der fossilen Rohstoffwirtschaft". Der Sieg des Sozialdemokraten Petro könnte zu einem realen Friedensprozess in Kolumbien führen. Entsprechend haben sich Vertreter der ELN Guerilla geäußert. Kolumbien war bisher ein reaktionäres Bollwerk in Lateinamerika, nun könnte es Teil eines Bündnisses fortschrittlicher Regierungen werden.

Henning Mächerle

Das UZ-Pressfest gab ein Signal für gemeinsamen Widerstand gegen Kriegspolitik und Sozialraub Schluss mit der Friedhofsruhe!



Zum 21. UZ-Pressfest der DKP in Berlin am 27. und 28.08. kamen mehr als 10.000 Menschen – nicht nur zum Feiern, sondern um sich zu treffen und zu verständigen, um zu diskutieren und auch um die Positionen der Kommunistinnen und Kommunisten in diesem Land kennenzulernen.

Die zentrale Veranstaltung des Festes, das Antikriegsmeeting am Samstagabend auf der Hauptbühne, orientierte auf die gemeinsame Aktion: "Ich bin wütend und wir müssen auf die Straße", rief Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP. 40 Millionen Menschen in diesem Land seien von steigenden

Gaspreisen und der dreisten Gasumlage betroffen. Hunderttausenden Familien drohe Armut. Hunderttausende, die ihr ganzes Leben geschuftet hätten, kämen mit ihrer Rente nicht mehr hin und müssten bei den Tafeln Schlange stehen, wenn sie überhaupt noch angenommen würden. Und nun die Warnung, dass der Protest, der sich noch nicht formiert hat, von rechts komme. "Die Regierenden haben offenbar Angst vor Protesten, gar vor Unruhen – beides haben sie verdient, es braucht Proteste und es braucht Unruhe", so Köbele.

Nun muss die Orientierung des Antikriegsmeetings und der vielen



inhaltlichen Runden auf dem UZ-Pressfest in die Tat umgesetzt werden. Die Kür wird es sein, Friedens- und Sozialproteste zusammenzuführen. Das UZ-Pressfest war in diesem Sinne ermutigend – wir sehen uns auf der Straße!

Der ganze Artikel in der UZ vom 02.09.: <https://www.unsere-zeit.de/schluss-mit-der-friedhofsruhe-172200/>

 **Schon gesehen?**
Youtube-Kanal DKP Gießen 
UZ-Pressfest der DKP:
<https://youtu.be/qHCCHdywkdC>

Termine

Fragen oder Anmeldungen an
giessen@dkp.de

10.09.2022 ab 15 Uhr

Revolutionäres Sommerfest der DKP Gießen in der Nähe von Buseck: "Mit den **Roten** im **Grünen** feiern" - mit **Live-Musik von Dannyjune Smith** und vielen politischen **Workshops**



Suche nach Mitfahrgelegenheit?
Bitte Mail an giessen@dkp.de

14.09.2022 um 19 Uhr:

Gruppenabend / MV DKP GI, Kongresshalle

16. und 30.09.2022 um 19 Uhr:

Stammtisch im Chamäleon

21.09.2022:

Redaktionsschluss Okt.-Echo

01.10.2022 ab 10:30 Uhr:

Infostand der DKP Gießen, Seltersweg

04.10.2022 um 19 Uhr:

"Krieg in der Ukraine" mit Reinhard Lauterbach, Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle (siehe auch Seite 6)

Gießener Echo

Bitte Abogebühren bezahlen und spenden!

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbrief an: Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen, E-Mail: giessen@dkp.de Im Internet: www.giessen.dkp.de

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** gab es in Heuchelheim noch einen weltbekannten Hersteller kleiner Kameras, die Firma Minox. Die Arbeitsbedingungen dort waren miserabel. Entgegen §120a der Gewerbeordnung fehlten ausreichende Be- und Entlüftungsanlagen. Die bei Bohr- und Fräsarbeiten entstehenden Dämpfe führten zu Geruchsbelästigungen, außerdem entstand erheblicher Lärm. Gemeinsam mit dortigen Beschäftigten forderten wir die Behebung der Missstände.

Vor **40 Jahren** waren mehrere Gießener Genossen von Berufsverboten betroffen. Es gab internationale Solidarität. Ein Komitee gegen Berufsverbote im niederländischen Alkmaar protestierte bei dem damaligen Ministerpräsidenten Börner (SPD). Der verlegte sich aufs Lügen und behauptete, in Hessen gäbe es so etwas nicht.

Vor **30 Jahren** versuchte die Agrarindustrie in Deutschland nach US-Muster genmanipulierte Lebensmittel auf den Markt zu bringen. Auch in Gießen gab es heftige Proteste dagegen. Bis jetzt konnte Genfood

aus Deutschland weitgehend ferngehalten werden, allerdings sind genmanipulierte Futtermittel verbreitet. Nur bei Bioware ist man davor sicher.

Vor **20 Jahren** war in Gießen eine Straßenbeitragssatzung in Kraft getreten. Beim Beschluss darüber im Vorjahr gab es kaum Widerspruch, wahrscheinlich konnte sich kein Immobilienbesitzer vorstellen, wie hoch die städtischen Forderungen werden können. Proteste wurden erst nach Ausstellung der ersten vier- und fünfstelligen Forderungen laut. Etwa 15 Jahre später wurde die Satzung wieder abgeschafft. Wer in der Zeit der Gültigkeit hatte zahlen müssen, hatte Pech gehabt.

Vor **10 Jahren** hatte sich gezeigt, wie schlimm die Folgen der Privatisierung des Uniklinikums Gießen/Marburg für Personal und Patienten sind. In Marburg wurde sogar von bis zu 500 Menschen für das Klinikum gebetet wie für einen Totkranken. Beten hat nicht geholfen – der Kampf um die Enteignung geht weiter.

Gernot Linhart

1. Kapitalismus im Endstadium
2. Luxusgut?
3. In Gießen fehlten vergangenes Jahr 8157 davon
4. Maßnahme im Wirtschaftskrieg
5. Wurden in Gießen vor 20 Jahren zur Aktiengesellschaft und dadurch demokratischer Kontrolle entzogen
6. Eine "Teilhabe" an diesen Mordwerkzeugen lehnen wir ab
7. Steigen nicht für Bezieher von Grundsicherung
8. Neue Verbraucherabzocke zugunsten von Energiekonzernen
9. Folge des Klimawandels, diesen Sommer auch in Deutschland
10. Folgt oft der Aufrüstung